

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

Nr. 504

Mittwoch, 22. Februar 2012

19. Jahrgang

Gemeindemitglieder aus San Juan Sacatepéquez in der Schweiz und in Deutschland... sowie Mitarbeiter der guatemaltekischen Firma Cementos Progreso

Vom 26. Januar bis zum 12. Februar konnten wir uns über dem Besuch von zwei MenschenrechtsverteidigerInnen aus den Gemeinden von San Juan Sacatepéquez (SJS) freuen. Die beiden reisten im Rahmen einer von Peace Brigades International (PBI) organisierten Tour durch die Schweiz, Deutschland und Holland, um von den Ereignissen und Lebensbedingungen in SJS im Zusammenhang mit der Zementfabrik, die ihnen vor die Nase gesetzt wurde, zu berichten. Treffen mit nationalen Ministerien, internationalen Organisationen und Konferenzen sollten dazu verhelfen, die Öffentlichkeit und die Firma Holcim, die an der Zementfabrik Anteile besitzt, über das Projekt von Cementos Progreso S.A. (CEMPRO) und dessen Auswirkungen zu informieren und europäische Solidarität zu finden. Das ¡Fijáte!-Team hatte das Glück, die beiden in Berlin treffen und über all das befragen zu können.

„Als erstes“, so eine der beiden GemeindevertreterInnen, „muss man natürlich auf die allgemeine Situation in Guatemala eingehen, in der die Rechte der Menschen von den internationalen Firmen nicht so anerkannt werden, wie sie dies in ihren eigenen Ländern verpflichtet sind zu tun. Die guatemaltekische Regierung dient dem wirtschaftlichen Sektor, welcher die Menschenrechte mit Füßen treten darf“.

Über ein offensichtliches Beispiel dafür haben wir in den ersten ¡Fijáte!-Ausgaben dieses Jahres berichtet: den Technologischen Kanal, ein Projekt, bei dem der neue Präsident Otto Pérez Molina seine Unterstützung der privaten Unternehmen klar gestellt hat. Des Weiteren kann man neue Militärkontrollpunkte über das Land verteilt erblicken – oder vielmehr alte, da sie an den gleichen Stellen installiert sind wie schon zu Zeiten des bewaffneten Konflikts. Ausserdem steht die Unterzeichnung des Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika vor der Tür. Ein Panorama also, dass ein Ende der Kämpfe der indigenen und ländlichen Bevölkerung um ihr Überleben und ihre Rechte nicht wirklich in Aussicht stellt.

Die meisten der ¡Fijáte!-LeserInnen werden bereits wissen, wie es zu dem Konflikt zwischen den 12 Gemeinden von SJS und der Firma Cementos Progreso S.A. kam. Deshalb hier nur eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Ereignisse.

Eine der beiden Gemeindeangehörigen erzählt uns: „Der Konflikt begann im Jahr 2006, als die guatemaltekische Firma Cementos Progreso, an der das Schweizer Unternehmen Holcim mit 20% des Anfangskapitals von 350 Millionen Dollar beteiligt ist, mit Gewalt in unsere Gemeinden kam, um das Gelände zu vermessen – ohne Erlaubnis von den EigentümerInnen. Die Firma hat also das Recht auf Privateigentum verletzt.“

Erst zu diesem Zeitpunkt erfuhren die Gemeinden überhaupt von dem Projekt der Zementfabrik. Man hatte sie vorher weder informiert noch gefragt. „Also baten die Gemeinden um eine Consulta Comunitaria, eine Volksabstimmung, um sich zur Wehr setzen und NEIN sagen zu können“.

Diese wurde zwar vom Bürgermeister einberufen, dann aber wieder abgesagt. Die Gemeinden schafften es dennoch mit grosser Mehrheit in einer Consulta im Januar 2007 gegen die Zementfabrik zu stimmen. Diese Consulta wurde durch die Gemeinderäte der ländlichen Entwicklung (COCODES) organisiert, die rechtlich gesehen dazu die Macht haben. Inhaltlich ist die Consulta schon allein aufgrund der fehlenden Information und Partizipation der betroffenen Bevölkerung von Nöten, denn so ein Projekt bedeutet sehr wohl eine Belastung der Umwelt, des Wasservorkommens und hat somit auch Auswirkungen auf

Inhaltsverzeichnis:

Gemeindemitglieder aus San Juan Sacatepéquez in der Schweiz und in Deutschland... sowie Mitarbeiter der guatemaltekischen Firma Cementos Progreso – S. 1

Präsidielle Überraschung: Legalisierung von Drogen? – S. 3

Neues Ministerium, neue Institutionen, neue Sozialpolitik? – S. 4

Änderungen des Informationsgesetzes geplant und von Menschenrechtsgruppen abgelehnt – S. 4

Mandatsverlängerung der CICIG bis zum Ende der Amtszeit von Pérez – S. 5

Feuer in der Küche – S. 5

die lokale Kultur, Gesundheit und Wirtschaft, die vornehmlich vom Blumenanbau und -verkauf lebt.

Cementos Progreso S.A. betreibt insgesamt drei miteinander verknüpfte Projekte in SJS: Abbau von 36 Mineralien auf einem Gebiet von 19 km², gewährleistet durch eine Abbaulizenz von einer Dauer von 25 Jahren; die Zementfabrik, in der drei der Mineralien zu Zement verarbeitet werden; und der Bau einer Zugangsstrasse von 12 km Länge, welche teilweise durch das Gebiet der Gemeinden verläuft. Das letztere Projekt stellt auch das zur Zeit akuteste Problem dar, denn „die Zementfabrik hat sich schon eingemischt, es fehlt ihr aber eine neue Strasse. Zwar gibt es bereits eine, die vor etwa 10 Jahren gebaut wurde, sie bedarf aber Reparaturen.“, so die Gemeindeangehörigen. „Die Lizenz zum Strassenbau gibt ausserdem CEMPRO die rechtliche Freiheit, dort zu enteignen, wo es nötig ist, um zu bauen. So fürchten die AnwohnerInnen auch noch um ihr Land.“

Seit 2007 gab es einige Versuche in Dialog zu treten und zu bleiben. Allerdings kritisieren die Gemeinden, dass „die Bedingungen daran teilzunehmen, nicht gleichberechtigt für alle Beteiligten sind“. Die Situation von Misstrauen und Gewalt innerhalb der Gemeinden und Familien, gespalten durch ihre Unterstützung oder Ablehnung der Zementfabrik, spitze sich zu. So kam es im Juni 2008 zu einem Ausnahmezustand in SJS nachdem ein gewisser Francisco Tepeu unter noch immer ungeklärten Umständen ums Leben kam. Allerdings, so klären uns die beiden Befragten auf, „wurde dieser Ausnahmezustand dazu genutzt, um der Firma ihre Einnistung leicht zu machen, da man ja wusste, dass nicht alle AnwohnerInnen ihr positiv gegenüber standen. Ein Ausnahmezustand verbietet jegliche Vereinigungen oder Demonstration. Schon das Zusammenkommen von drei Personen auf der Strasse kann dementsprechend ausgelegt werden“. Die Gemeinden zählten nach dem Ausnahmezustand 43 Inhaftierte.

Die nun folgenden Runden Tische des Dialogs verhalfen zu „der Freilassung der 43 Gefangenen, denn sie waren illegal verhaftet worden. Der Ausnahmezustand hatte vor seiner offiziellen Verkündung, die zudem nicht in Mayasprachen geschah, begonnen. Ein weiterer positiver Aspekt der Verhandlungen war, dass man feststellte, dass die von der Firma zusammengestellte Umweltstudie nicht vollständig war. Es fehlte ein Gutachten über die sozialen und kulturellen Auswirkungen. Auf der anderen Seite sorgten die Runden Tische dafür, unsere AnführerInnen zu identifizieren. Diejenigen, die da sprachen, wurden später festgenommen“. Das führte zu einem Vertrauensverlust und letztendlich dem Rückzug der Gemeinden von den Verhandlungstischen.

Im Jahr 2009 suchten die Gemeinden weiterhin auf friedliche Weise ihr Recht zu bekommen, etwa durch Protestmärsche und gerichtliches Vorgehen. Sie gelangten bis vor das Verfassungsgericht, welches ihnen Recht gab bezüglich der Verpflichtung der Regierung, Consultas einzuberufen und vorher die Gemeinden zu informieren - auch wenn es keine Reglementierung gibt (ein umstrittenes Thema, siehe ¡Fijáte! 485). „Also hat die Regierung neben den illegalen Verhaftungen auch das Recht auf Consulta verletzt.“, so die Gemeindemitglieder. Allerdings sagte das Verfassungsgericht auch, dass diese Consultas nicht bindend seien. Ein NEIN der Bevölkerung bedeutet nicht das Aus des Projektes.

Die Konfliktsituation hielt die nächsten Jahre an. Im Jahr 2011 versuchte die Deutsche Botschaft und die GIZ zu einem Dialog zu verhelfen. Die Zeitung Prensa Libre schreibt am 16.4. 2011, dass die GIZ und CEMPRO eine Lösung im Konflikt in SJS finden möchten. Dabei soll die GIZ als Vermittler fungieren, um für beide Seiten haltbare Kompromisse zu finden. Ein Vertrag wurde zwischen der GIZ, CEMPRO und dem Deutschen Botschafter unterschrieben. Die Reaktion der Gemeinden war Überraschung: „Wir, die Gemeinden lasen darüber in der Zeitung und wunderten uns, wo wir unseren Platz hatten. Daher kontaktierten wir die Deutsche Botschaft und baten den Botschafter uns in unserer Gemeinde, aber auch die Leute im Gefängnis zu besuchen. Den ersten Teil der Bitte kam er nach, mit den Werbeslogans von Cementos Progreso auf den Lippen, so schien es uns“. Auch wenn die Absicht der Deutschen Botschaft eine Lösung zu finden, löblich ist und ein direkter Kontakt mit Gemeinden des Landes durch internationale DiplomatinInnen eher selten und deshalb um so positiver einzuschätzen ist, so scheint es doch am Verständnis für die indigenen Völker und ihr Recht auf Selbstbestimmung zu mangeln. Auch wenn die Zementfabrik bis zu einem gewissen Grade dem Wirtschaftswachstum der Region dienen kann, bleibt zweifelhaft, ob es ein Fortschritt ist, der der Kultur der ansässigen Maya-Kakchikel entspricht. Oder ob die 1%, oder vielleicht auch 5%, der Abgaben vom Gewinn an die drei betroffenen Stadtbezirke tatsächlich einen Aufschwung ermöglichen.

Wäre denn eine Lösung noch möglich? „Solange die Menschen ihre Familienangehörigen nur im Gefängnis sehen, wie kann es da eine Vertrauensbasis geben? Einer der Verhafteten wurde schon zu 150 Jahren verurteilt, drei weitere warten seit Oktober 2008 (!!!) auf ihren Prozess, gegen vier liegen Haftbefehle vor, gegen weitere acht Personen wird es eventuell bald welche geben. Wie kann man da vom guten Willen ausgehen? Solange da keine Gleichheit geschaffen wird, werden wir nicht verhandeln.“, lautet die klare Antwort der Gemeindemitglieder.

Ein vielleicht harter Standpunkt, aber in Anbetracht der nun schon fast sechs Jahre andauernden Konflikte, die Gemeinden gegeneinander aufgebracht haben, und sogar Familien entzweit, ist es vielleicht der einzig vertretbare.

Im Kontext dieser Vorgeschichte und des daraus rührenden fehlenden Vertrauens der Gemeinden in die Firma wirkt es auch nicht mehr befremdlich, dass genau zum Zeitpunkt der Europatour gegen acht weitere Gemeindemitglieder ein Haftbefehl bei der Staatsanwaltschaft beantragt wurde. Und einer davon vermutlich für den uns besuchenden Gemeindegliedersprecher – wir sagen vermutlich, da es in Guatemala nicht immer einfach ist, zu wissen, ob man nun polizeilich gesucht wird oder nicht.

Und noch etwas Eigenartiges geschah während der Tour. Als die beiden aus SJS in der Schweiz öffentliche Pressekonferenzen gaben, waren auch vier MitarbeiterInnen der CEMPRO im Publikum zu finden, soeben angereist aus Guatemala. Weder Mühen noch Geld wurden gescheut, um das Gespräch zu suchen? Oder doch eher eine Einschüchterungstaktik? MultiWatch und Guatemalanetz Bern gaben in einer Medienmitteilung am 3. Februar folgendes bekannt:

Heute Nachmittag wollten VertreterInnen indigener Gemeinschaften aus Guatemala in einer symbolischen Aktion ihre Forderungen an Holcim übergeben. Aus Angst blieben sie der Aktion fern. An ihrer Stelle haben MultiWatch und das Guatemalanetz Bern ihre Forderungen übergeben. Sie machen Holcim mitverantwortlich, falls den Gästen nach ihrer Rückkehr etwas passieren sollte.

Die geplante Aktion zur Übergabe der Forderungen aus Guatemala an Holcim fand ohne die Betroffenen statt. An einer öffentlichen Informationsveranstaltung gestern in Genf zum Konflikt um den Bau einer Zementfabrik durch Cementos Progreso in Guatemala, tauchten mehrere Vertreter dieser Firma auf. Die Firma, an der Holcim beteiligt ist, reist ihren KritikerInnen offenbar bis in die Schweiz nach. Die Gäste aus Guatemala fühlen sich dadurch bedroht und eingeschüchtert. Sie nahmen deshalb nicht an der geplanten Aktion teil. Diese Reaktion muss im Kontext der Gewalt und Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen sowie Straflosigkeit in Guatemala verstanden werden.

Wie wir sehen, ist es eine verzwickte Lage, in der sich die Gemeinden befinden: zerstörte soziale und familiäre Strukturen, Angst, Umwelt- und Gesundheitsprobleme, Verletzung von Grundrechten wie Privateigentum und Selbstbestimmung, Bedrohung und Kriminalisierung der MenschenrechtsverteidigerInnen und Gemeinden. Wie gross sind da die Chancen auf einen wirklich hilfreichen Dialog? In einem Land, das wirtschaftlich und politisch von einigen wenigen Familien beherrscht wird, die nicht bereit sind, das Ihrige zu tun, um wirklich einen Fortschritt zu erzielen. Daher bitten die Gemeinden von San Juan Sacatepéquez um die Unterstützung und Solidarität der Öffentlichkeit, Ministerien und BotschafterInnen.

Präsidentiale Überraschung: Legalisierung von Drogen?

Guatemala Stadt, 7. Feb. In Guatemala Stadt traf sich der guatemalteckische Präsident Otto Pérez Molina mit seinem Amtskollegen aus El Salvador, Mauricio Funes. Anwesend waren auch die Minister des jeweiligen Sicherheitskabinetts. Beide eröffneten eine höchst umstrittene Debatte bezüglich des Drogenproblems: die Entkriminalisierung des Transportes, der Verteilung und des Konsums von Drogen in der zentralamerikanischen Region.

„Das ist eine Forderung, die man prüfen muss. Eine Frage, die der Präsident [Guatemalas] gegenüber den übrigen zentralamerikanischen Präsidenten aufwerfen muss.“, sagte Funes. Er selbst, so führte der salvadorianische Präsident fort, könne darin zwar einen möglichen Schlag gegen die Finanzbasis der Mafia erkennen, zugleich aber sehe er die Gefahren des Anstiegs des Drogenkonsums, insbesondere für Kinder und Jugendliche in Zentralamerika. Daher müsse das Für und Wider genau analysiert und miteinander abgewogen werden. Zugleich aber machte er klar: „Solange die USA nichts tun, um die Zahl der DrogenkonsumentInnen zu senken, können wir wenig gegen die Kartelle tun, ausser ihnen Hindernisse bei der Vermarktung der Drogen in den Weg zu legen.“ Funes unterstrich, dass er selbst noch keine klare Position zu dieser Thematik gefunden habe. Er sei aber bereit, sie als eine mögliche Lösung für ein Problem zu diskutieren, das alle armen zentralamerikanischen Staaten betrifft, nämlich den Kampf gegen die mächtigen Drogenkartelle.

Pérez versprach, diese Forderung auf dem Treffen der zentralamerikanischen Staaten, das im März in El Salvador stattfinden werde, einzubringen. Er habe es auch schon seinen Amtskollegen in Kolumbien und Mexiko mitgeteilt, aber sie hätten noch keine Stellung bezogen. Obwohl die Kartelle, vor allem die Zetas und die Sinaloa, um ihre Territorien kämpfen und die vorherige Regierung dazu gezwungen hätten, einen Ausnahmezustand in einigen Departments zu erlassen, glaubt der neue guatemalteckische Präsident, dass dieser Weg nicht erste Priorität besitze. „Unser grösstes Problem ist nicht der Kampf gegen den Drogenhandel, sondern gegen die Banden und Maras“, sagte Pérez Ende vergangener Woche während einer Konferenz des Interamerikanischen Dialogs in der Hauptstadt. (El Periodico)

Die drogenpolitischen Überlegungen von Pérez Molina stossen auf entschiedene Ablehnung auf Seiten der USA. Die US-Botschaft in Guatemala veröffentlichte eine Pressemitteilung in Bezug auf die Idee des Präsidenten, mit den anderen Regierenden in der Region über die Legalisierung der Drogen zu diskutieren: „Wenn der Transport und Gebrauch von illegalen Drogen morgen in Zentralamerika entkriminalisiert würde, würden die transnationalen Organisationen und Banden doch in ihren Aktivitäten fortfahren, darunter Menschen- und Waffenschmuggel, Erpressungen, Entführungen, Banküberfälle, Raub von geistigem Eigentum und Geldwäsche. [...] Die USA wird weiterhin diese Massnahmen ablehnen, weil die Realität uns zeigt, dass unser gemeinsames Drogenproblem eine Bedrohung der Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit ist.“

Der Pressesprecher des guatemaltekischen Präsidenten, Francisco Cuevas, erklärte, „dass man die verschiedenen Themen, die mit den Drogen zusammenhängen, analysieren müsse: der Transport, der Konsum und die Geldwäsche. Die am stärksten betroffenen Gesellschaften müssten sich zunächst eine Meinung bilden und dann die Schnittmengen aus den rechtlichen, gesundheitlichen und sicherheitspolitischen Implikationen analysieren.“

Neues Ministerium, neue Institutionen, neue Sozialpolitik?

Guatemala Stadt, 6. Feb. Mit dem Dekret Nr. 1-2012 wurde ein vierzehntes Ministerium geschaffen: das Ministerium für Soziale Entwicklung, dem Lucy Lainfiesta vorsteht. Es dient dem Ziel, eine Politik zu entwickeln, die das Wohlstandsniveau der armen und extrem armen Bevölkerungsteile verbessern und die Menschenrechte achten soll. Dies soll über Sozialprogramme geschehen und die Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung vermeiden.

Die Zuständigkeit des Ministeriums erstreckt sich weiterhin auf die soziale Entwicklung in den urbanen wie ländlichen Gebieten und auf die Unterstützung der öffentlichen Unternehmen, der Stadträte und der Entwicklungsräte auf Gemeindeebene. Es soll ein nationales Informationssystem über die soziale Situation aufgebaut werden, um die von den Programmen profitierenden Personen zu erfassen und ihnen zu dienen. So soll gewährleistet werden, dass diese Programme „transparent, effektiv, zeitlich befristet und ohne parteipolitische Gebundenheit“ durchgeführt werden.

Dem neuen Ministerium, das drei Abteilungen (Vizeministerien) haben wird, werden 1,8 Milliarden Quetzales (in etwa 176 Millionen Euro) zur Verfügung gestellt und führen die bereits von der Vorgängerregierung begonnenen Sozialprogramme „Mi Familia Progresá“, „Bolsa Solidaria“, „Comedores Solidarios“ und andere fort.

Zugleich hat die neue Regierung am 6. Februar auch einen Nationalen Rat für Ernährungssicherheit ins Leben gerufen, dessen Ziel der Plan „Hambre Zero“ (Null Hunger) sei. Der Leiter des Rates, Enrique Monterroso, sagte aus, dass 2 Milliarden Quetzales (196 Millionen Euro) zur Verfügung stehen würden, die aus verschiedenen Quellen zusammengekommen seien. Aktuell leiden 1,14 Millionen Kinder unter chronischer Unterernährung, 12.000 sind akut unterernährt. Das Programm „Hambre Cero“, wird am 16. Februar in San Juan Atitán, Department Huehuetenango, eingeführt. In dieser Gemeinde sind 91 % der Bevölkerung von Unterernährung betroffen. In acht weiteren Gemeinden, in denen das Programm zum Einsatz kommen wird (Santiago Chimaltenango; Concepción Tutuapa; San Miguel Acatán; San Mateo Ixtatán; San Rafael La Independencia, im Department Huehuetenango; Nebaj, im Department Quiché und Comitancillo, im Department San Marcos), liegt der entsprechende Prozentsatz bei mindestens 77,7 %. Der Schwerpunkt aller Programme konzentriert sich damit unverkennbar auf die nordwestlichen Hochlandgebiete: Huehuetenango, Quiché, Sololá und San Marcos.

Das Programm beinhaltet auch Aktivitäten wie das so genannte „Fenster der 1.000 Tage“, welches Mütter von der Schwangerschaft bis zum 2. Lebensjahr ihrer Kinder begleitet, oder das „Dreieck der Würde“, das das Vorhandensein und den Zugriff auf Nahrung sowie Ernährungsschulung beinhaltet.

Änderungen des Informationsgesetzes geplant und von Menschenrechtsgruppen abgelehnt

Guatemala Stadt, 9. Feb. Das relativ progressive, transparente Informationsgesetz aus dem Jahr 2008 soll reformiert werden (Gesetzentwurf 4328). Dagegen laufen Menschenrechtsgruppen Sturm. Das bestehende Gesetz – so sagte David Gaitán von der BürgerInnenaktion (AC) – sei das Ergebnis langer Diskussionen und einem Konsens zwischen den staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft gewesen. Eine Änderung wäre ein Akt der Verschleierung und würde eine Verletzung der Menschenrechte bedeuten.

Die genannte Initiative, die es dem Präsidenten erlauben soll, Dokumente zu Geheimnissen aufgrund der nationaler Sicherheit zu deklarieren, wurde bereits im letzten April vom damaligen Präsident Álvaro Colom eingebracht - vermutlich um 103 Militärs zu schützen, die für ihre Taten zwischen 1954 und 1996 belangt werden könnten.

Manfredo Marroquín, Direktor der AC, erklärte, dass die Reform den Versuch unternehme, genau jene Geheiminformationen aus militärischen und diplomatischen Kreisen zu Staatsgeheimnissen zu machen. „In keinem Staat dieser Welt existieren solche Einschränkungen, nur hier sollen sie eingeführt werden. So versuchen sie zu erreichen, dass öffentliche Informationen zu geheimen werden.“

Nach Ansicht von Claudia Samayoa, von der Einheit zum Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen (UDEFEUGA) soll mit diesen Reformen auch versucht werden, finanzielle Transaktionen in den Regierungsinstitutionen zu verschleiern: „Diese Reformen stellen eine Antwort auf eine Reihe von Problemen der vorherigen Regierung dar, der Öffentlichkeit Auskunft über ihre Ausgaben zu geben: etwa über die des Innenministeriums oder über die Aktivitäten des Präsidialen Sekretariats für Verwaltungsangelegenheiten und

Sicherheit (SAAS)“, sagte sie. (Einige ehemalige Mitarbeiter dieser Behörde wurden aktuell als Teil einer Bande von Entführern verhaftet.)

Auch die Vereinigung Sicherheit in der Demokratie (SEDEM) hat in einer Pressemitteilung den Kongress aufgefordert, jegliche Änderung an dem Gesetz zurückzuweisen und der Gesellschaft auch weiterhin ihr Verfassungsrecht eines Zugangs zu Daten ohne Beschränkungen zu gewährleisten. Die Abteilung für Informationszugang des Menschenrechtsprokurats (PDH) äussert sich zwar vorsichtig, macht jedoch keinen Hehl aus ihrer Ablehnung gegenüber einer Reform.

Im Kongress hat der Gesetzentwurf bisher den Ausschuss für Legislative und Verfassungsrecht passiert, harrt jedoch noch der Diskussion im Plenum.

Mandatsverlängerung der CICIG bis zum Ende der Amtszeit von Pérez

Guatemala Stadt, 8. Feb. Bei seinem ersten Besuch bei der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG) hat sich Präsident Otto Pérez Molina, dafür ausgesprochen, das Mandat der CICIG um zwei Jahre zu verlängern, also bis zum Ende seiner Amtszeit. „Dieser Schritt wird uns bei zwei wichtigen Dingen helfen: erstens, die Strategien und die notwendigen Massnahmen, über die die Kommission verfügt, zu nutzen, um unsere Institutionen zu verbessern. Ziel ist es, dass diese dann, wenn die Kommission uns verlassen wird, in der Lage sind, die Arbeit selbst effektiv fortzusetzen. Zweitens würde es uns erlauben, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Geberländern zu signalisieren, dass diese internationalen Anstrengungen es geschafft haben, uns im Kampf gegen Straffreiheit und für Gerechtigkeit in Guatemala zu helfen.“

Was die Geberländer angeht, so ist insbesondere Spanien angesprochen. Der spanische Botschafter in Guatemala hat am Tag nach der Ankündigung des Präsidenten einen Vertrag mit der CICIG unterzeichnet, in dem Spanien der UN-Kommission für seine Arbeit eine Million Euro überweisen wird. Damit wolle es – so der Botschafter – die gute Arbeit der CICIG würdigen.

Weiterhin hat der Innenminister Mauricio López Bonilla die CICIG gebeten, ihn dabei zu unterstützen, in seinem Ministerium eine Kontrolleinheit zu installieren, da das Innenministerium von den „bekannter Weise vorhandenen Elementen aus der organisierten Kriminalität durchsucht“ sei. Angesichts der Äusserungen von Marco Antonio Garavito, Direktor der Liga Guatemalteca de Higiene Mental, (siehe ¡Fijáte! 498: „Ich hoffe sehr, dass die USA eine gewisse Kontrolle über diese halbdunklen Kräfte ausüben können, die jetzt in der Regierung sitzen. (...) Die Befürchtung, dass die Repression zunimmt, ist mit der Ernennung von Mauricio López Bonilla zum neuen Innenminister nicht aus der Luft gegriffen. Mauricio und Otto haben zusammen ihre Militär- und Geheimdienstkarriere gemacht. López Bonilla als Innenminister bedeutet vermehrte soziale Kontrolle, da besteht kein Zweifel.“) könnte es sein, dass Bonilla, sofern er es wirklich ernst meint, auch einige seiner Freunde ‚entsorgen‘ muss.

Feuer in der Küche

Effiziente Gemeindeentwicklung in Guatemala

In den meisten Hütten des Hochlands von Guatemala wird auf offenem Feuer gekocht. Die Feuerstellen und die Betten der Familien sind häufig in ein und demselben kleinen Raum untergebracht. Dessen Wände sind aus Ästen zusammengebunden oder bestehen aus einfachen Holzbrettern. Die Bewohner sind daran gewöhnt, dass sich der Rauch des Feuers in jeden Winkel verteilt.

Doch dieser Rauch schadet ihrer Gesundheit, besonders den Augen und Atemwegen der Kinder. Der Kinderarzt Aroldo Ixcot erklärt: "Die Kindersterblichkeitsrate in Guatemala ist die höchste in Mittelamerika. Das liegt unter anderem an den häufigen Lungenentzündungen. Neugeborene werden oft den ganzen Tag über in die warme Küche gelegt. Deshalb sind sie häufig mehrere Stunden lang dem Rauch ausgesetzt. Das kann zu gefährlichen Infektionen führen.“ Zudem kommt es vor, dass Kleinkinder stolpern und in die offene Feuerstelle fallen. Bei manchen solchen Unfällen kommt es zu schweren Verbrennungen. Eine angemessene medizinische Behandlung der Brandwunden eines Kindes würde mehr kosten, als sein Vater in fünf Jahren als Tagelöhner verdient. Aber da diese Kinder in Guatemala meist überhaupt keine Behandlung bekommen, behalten sie ihr Leben lang scheussliche und häufig auch schmerzhaft Brandnarben. „Die Behandlung solcher Fälle ist schwierig und teuer,“ meint Doktor Aroldo Ixcot. „Deshalb wäre die Vorbeugung so wichtig. Es ist nicht schwierig, die Luft in den Küchen sauber zu halten und die Feuergefähr zu verringern. Auf jeden Fall ist es viel effizienter, die Krankheiten und Unfälle zu vermeiden, als sie zu behandeln.“ Wenn aber in der Küche ein Kochofen installiert ist, ist die Unfallgefahr minimal. Der Rauch wird durch einen Schornstein nach draussen geleitet. Die Familien werden seltener krank und verfeuern nur noch ein Drittel der Holzmenge. Das schont den Wald und spart Zeit, Kraft und Geld.

Eigentlich müsste es in Guatemala längst umfassende staatliche Bemühungen geben, alle Haushalte, in denen auf offenem Feuer gekocht wird, mit Kochöfen auszustatten. Doch die guatemaltekische Regierung zeigt kein grosses Interesse an den Lebensbedingungen der armen Bevölkerungsmehrheit, die auf Holz als Energiequelle angewiesen ist. Das zeigt auch ein Blick in die Statistiken von UNICEF: über die Hälfte der guatemaltekischen Kinder leidet an Unterernährung.

In Guatemala gibt es nur wenige Werkstätten, in denen mobile Modelle der Kochöfen hergestellt werden. Das kleinste und effizienteste Modell ist der so genannte Onil-Ofen zum Preis von etwa 90 Euro. Die dreissigjährige Marta Oxlaj aus dem Mayavolk der K'iche' kocht seit drei Jahren auf einem Onil-Ofen. „Früher habe ich viele Stunden am Tag im Rauch gestanden,“ erinnert sie sich. „Seit ich den Ofen habe, bin ich schon so sehr an die saubere Luft gewöhnt, dass mir sofort die Augen wehtun, wenn ich in die Küche meiner Schwester gehe. Sie kocht noch immer auf offenem Feuer.“

Andreas Boueke, Autor dieses Artikels, berichtet seit über 20 Jahren als freier Journalist aus Mittelamerika (auch im ¡Fijáte!). Nebenbei betreut er verschiedene Gemeindeentwicklungsprojekte im Hochland Guatemalas, in einigen bemüht er sich um die Verbreitung von Kochöfen. Die begünstigten Familien zahlen selbst 20 Euro und besorgen die notwendigen elf Bausteine. Die restlichen 70 Euro und der Transport werden mit Spenden finanziert, die auf dem Guatemala-Konto des Welthaus Bielefeld eingehen. Dieses Geld kommt in vollem Umfang bei den bedürftigen Familien an, weil in der direkten Zusammenarbeit mit den Gemeinden keine Verwaltungskosten oder sonstigen Ausgaben entstehen. In Guatemala gibt es noch immer sehr viele Dörfer, deren BewohnerInnen nicht die Mittel haben, sich Kochöfen zu kaufen, auf denen sie sicher, hygienisch, sparsam, gesund und umweltschonend kochen könnten.

Einige Hintergrundinformationen über die gesundheitlichen Folgen

Zwei neue Studien der Universität von Kalifornien in Berkeley, unter Mitwirkung von ForscherInnen der Universität Liverpool, der guatemaltekischen Universität Del Valle sowie der Universität Bergen/Norwegen, stellten gesundheitliche Folgen des Kochens über einer offenen Feuerstelle fest – eine Form des Kochens, die von 43% aller Menschen weltweit genutzt wird.

In der ersten Studie, bei der ebenso das US-Zentrum für Krankheitskontrolle und -vorbeugung sowie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) beteiligt sind, haben ForscherInnen eine um ein Drittel zurückgegangene Zahl von schweren Lungenkrankheiten bei Kindern festgestellt, die in Haushalten mit einem Rauch reduzierten Kochofen aufwuchsen. Die Studie konzentriert sich hauptsächlich auf die ländlichen Gemeinden im westlichen Hochland von Guatemala. Lungenerzündungen gelten als die häufigste Todesursache von Kindern unter sechs Jahren, wie die Zeitschrift Lancet am 10. November 2011 veröffentlichte. Vorherige Studien hatten schon den Zusammenhang von Rauch in den Haushalten mit Atemwegserkrankungen herausgestellt. „Die Rauchentwicklung, der Säuglinge bei einer offenen Feuerstelle in der Hütte ausgesetzt sind, entspricht einer Menge von drei bis fünf Zigaretten pro Tag“, sagte Kirk Smith, Professor für Umweltmedizin an der Universität Berkeley und Leiter des Forschungsprojektes RESPIRE (Randomized Exposure Study of Pollution Indoors and Respiratory Effects). Er forscht seit dreissig Jahren über dieses Phänomen. „Die Kochöfen reduzieren die Rauchentwicklung um die Hälfte.“ Und damit gehen auch Fälle schwerer Lungenentzündungen zurück. „Diese Studie ist besonders wichtig, weil sie zeigt, dass eine Reduktion des Rauchs in Haushalten eine Massnahme der Öffentlichen Gesundheitsvorsorge wäre, die auf einer Stufe mit Impfungen und besserer Ernährung als Weg zur Prävention von Lungenentzündungen stünde“, so Kirk Smith weiter.

Insgesamt wurden 265 Kinder in Haushalten mit Kochöfen und 253 Kindern in Haushalten mit offener Feuerstelle untersucht. In der ersten Gruppe wurde bei 149 Kindern Lungenentzündungen festgestellt, darunter bei 72 schwere Formen; in der zweiten Gruppe wurden 180 erkrankte Kinder diagnostiziert, davon 101 mit schwerer Lungenentzündung. Das zeigt zugleich, dass diese Kochöfen allein das Problem nicht lösen.

In der zweiten Studie wurde erstmals ein Zusammenhang zwischen der Menge an Holzrauch, der die Mutter während der Schwangerschaft ausgesetzt wurde, und der Schulleistungen und dem IQ ihrer Kinder festgestellt. „Das war sehr überraschend“, sagte Linda Dix-Cooper, die ihre Masterarbeit darüber schrieb. „Dass sich der Rauch auf die Atemwege auswirken würde, war bekannt, aber nicht dass es den IQ der Kinder beeinflussen könnte. Das ist wirklich besorgniserregend. Ein Einfluss auf die neuronale Entwicklung kann hohe soziale Kosten verursachen, da sie das Leben des Einzelnen, seine Bildungschancen und Verdienstmöglichkeiten beeinträchtigen können.“ Allerdings müssten noch weitere Studien diese ersten Ergebnisse untermauern. Dennoch wird deutlich, dass auch der guatemaltekische Staat sich endlich aktiver in diesem Bereich engagieren sollte und nicht nur auf private Entwicklungsprojekte bauen sollte.

Ein Beispiel setzen die ForscherInnen aus Berkeley, die Alternativen zu den traditionellen offenen Kochstellen entwickeln und deren Funktionsweise in Kursen an die Bevölkerung weitergeben. Ebenso ist es sinnvoll über Brennstoffalternativen nachzudenken. In Regionen mit viel Sonnenschein wären zum Beispiel Solarkocher eine mögliche Alternative.



Wer das Projekt des Welthauses Bielefelds unterstützen möchte:
Spendenkonto: Welthaus Bielefeld Kennwort: „Guatemala / Kochöfen“
(für die Spendenbescheinigung auch die eigene Adresse angeben)
Sparkasse Bielefeld, BLZ: 480 501 61, Kontonummer: 106 666.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion: Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de
Solidarität mit Guatemala e.V.
Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF
Jahresabonnement 50.-€
Jahresabonnement Schweiz 85.-CHF